

## **Änderungsantrag Nr.**

TE033

### **Beantragt von**

AG Familie - Andre Krug

### **Programm**

Parteiprogramm

### **Schlagworte Pro**

Geburtenrate, Rente, demographischer Wandel

### **Schlagworte Contra**

keine

### **Beantragte Änderungen**

Über die folgenden Punkte soll getrennt abgestimmt werden.

#### **1. Soziale Sicherheit**

Die Piratenpartei strebt ein System sozialer Sicherheit an, in dem Lebensphasen, die eine Beteiligung am Erwerbsleben nicht ermöglichen (Kindheit, Ausbildung und Alter) gemeinschaftlich abgesichert werden, um die individuellen Risiken zu mindern. Dieser Weg eignet sich am besten, um für alle eine optimale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

#### **2. Der Generationenvertrag**

Die Piratenpartei bewertet den Generationenvertrag, welcher in der Rentenreform von 1957 unter Konrad Adenauer aus dem sog. "Schreiber-Plan" abgeleitet wurde als nicht ausreichend, da dieser nur zwei Generationen berücksichtigt, unserer Gesellschaft jedoch aus drei Generationen besteht: Heranwachsende - Arbeitsfähige - nicht mehr Arbeitsfähige

#### **3. Echter Generationenvertrag**

Als Vorbild für ein nachhaltiges gesetzliches Sicherungssystem bietet sich der ungeschriebene Generationenvertrag an, wie er in der herkömmlichen Familie die Regel war: Die jeweils arbeitsfähige Generation sorgt für Unterhalt, Betreuung und Erziehung der Kinder und erwirbt damit gegenüber der erwachsen gewordenen Kindergeneration das Recht auf Versorgung und Pflege im Alter. Die heute in Deutschland bestehende Gesetzliche Rentenversicherung wird durch eine missbräuchliche Verwendung des Begriffs Generationenvertrag gerechtfertigt, da einseitig eine von der nachrückenden Generation zu finanzierende gesetzliche Alterssicherung festgeschrieben wird, ohne dass eine vergleichbare gesetzliche Jugendsicherung vorangegangen ist. Dieses Rechtssystem zum Nachteil der jeweils jüngeren Generation darf auf Dauer keinen Bestand haben.

#### **4. Generationengerechtigkeit**

Im Verhältnis zweier Generationen müssen die Leistungen zu Unterhalt und Betreuung der Kindergeneration im Gleichgewicht stehen mit deren späteren Leistungen für Unterhalt und Pflege der Rentnergeneration. Ist die nachfolgende Generation kleiner als die vorangegangene, wie

es zur Zeit in Deutschland der Fall ist, darf der Anteil der Alterslast, der auf die nicht geborenen Kinder entfielen, nicht zusätzlich den geborenen Kindern auferlegt werden. Dieser Anteil der Alterslast ist über eine Kapitalversicherung zu finanzieren, die von den eingesparten Kinderkosten gespeist werden kann. Das heutige Recht bürdet die finanziellen Folgen des Geburtenrückgangs für die Alterssicherung allein der jeweils nachrückenden Generation auf, die dadurch in ihren Entfaltungsmöglichkeiten unzumutbar eingeschränkt wird. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit.

Alles weitere zum Thema gibt es hier: [\[1\]](#)